

VIVANT-OSTBELGIEN

ANSICHTEN UND STANDPUNKTE POLITISCH ENGAGIERTER BÜRGER

(FASSUNG MAI 2014)

Inhaltsverzeichnis

A. Kurzfassung	3
B. Komplettes Programm	4
1 Vivant-Ostbelgien - Grundsätzliche Zielsetzung:	4
1.1 Das politische Machtsystem	4
1.2 Der aufgeblähte Verwaltungsapparat	4
1.3 Das Finanz- und Wirtschaftssystem	5
1.4 Steuer- und Subventionspolitik	5
2 Vivant-Ostbelgien steht für:	7
2.1 Eine neue politische Kultur	7
2.2 Eine grundlegende Veränderung des aktuellen Finanz- und Wirtschaftssystems	7
2.3 Ein einfaches Steuersystem	9
2.4 Entfalten statt Bilden	10
2.5 Eine ganzheitliche Gesundheitspolitik, die diesen Namen verdient	10
2.6 Ein Basiseinkommen für alle	11
2.7 Ein Leben mit der Natur und nicht gegen sie	12
2.8 Tierschutz und eine naturgerechte Landwirtschaft	13
2.9 Mehr Bürgerrechte und weniger Staat	15
2.10 Trennung von Staat und Kirche	16
2.11 Eine sinnvolle Entwicklungshilfe	16
2.12 Wohlstand und soziale Gerechtigkeit	17
2.13 Einen vernünftigen Datenschutz	19

3	Vivant-Ostbelgien und die Zuständigkeiten der DG	20
3.1	Einleitung.....	20
3.2	Kultur	21
3.3	Medien.....	21
3.4	Sport.....	22
3.5	Tourismus.....	22
3.6	Familie und Jugendpolitik	23
3.7	Gesundheit	24
3.8	Empfang und Integration von Einwanderern.....	24
3.9	Seniorenpolitik.....	25
3.10	Unterricht und Bildung.....	26
3.11	Beschäftigung.....	27
3.12	Denkmal- und Landschaftsschutz.....	28
3.13	Staatsreform und Autonomie.....	29
4	Vivant-Ostbelgien zu Europa und der EU	31
4.1	Aufklärung der Bürger der DG über die Missstände der EU.....	32
4.2	Die Einführung von bindenden Volksbefragungen zu allen bestehenden EU-Verträgen.....	33
4.3	Stopp der Untergrabung der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten durch EU-Diktat von Gesetzen	33
4.4	Rückführung der nationalen Geldhoheit an die Mitgliedstaaten der EU zwecks Benutzung einer zinsfreien Nationalwährung	33
4.5	Stopp der EU-Steuergehdverschwendung!	34
4.6	Eine offene Diskussion über die Zukunft der EU	35

A. Kurzfassung

Grundsatz:

Es nützt nichts, etwas Dienliches oder Gesundes auf einer unbrauchbaren oder kranken Basis aufzubauen. Das hat noch nie funktioniert und wird auch nie funktionieren! Wir brauchen deshalb eine grundlegende Erneuerung unseres politischen und gesellschaftlichen Fundamentes.

VIVANT-Ostbelgien will sich mit Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Geradlinigkeit und Offenheit für eine neue politische Kultur einsetzen.

Das bedeutet im Einzelnen:

1. Aufklärung der Bürger über Missstände in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
2. Grundreform des Finanz- und Wirtschaftssystem
3. Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens
4. Einführung von bindenden Volksbefragungen
5. Weniger Minister und mehr Demokratie
6. Abbau des Verwaltungsapparates und der unnötigen Bürokratie
7. Weniger Gesetze und Regeln, dadurch mehr Freiheit und Eigenverantwortung für Jeden
8. Steuerreform – weniger Steuern und Abgaben, dadurch mehr Kaufkraft
9. Definitiver Ausstieg aus der Atomenergie
10. Natur: Verbot von Genmanipulation und von Herbiziden und Pestiziden in der Landwirtschaft, generelles Verbot von Tierversuchen und Massentierhaltung
11. Faire Einwanderungsregeln, die die einheimische Bevölkerung nicht übergehen, faire Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer
12. „Ja“ zu einer Vereinigung der Völker Europas – „Nein“ zu einer Bevormundung durch die EU-Behörden und eine offene Diskussion über die Zukunft der EU

B. Komplettes Programm

1 Vivant-Ostbelgien - Grundsätzliche Zielsetzung:

Vivant-Ostbelgien sieht seine Aufgabe hauptsächlich darin, die Bürger über das destruktive System, in dem wir uns befinden, aufzuklären. Vivant stellt die klassische Politik, die bisher nicht gewillt ist eine Systemveränderung anzugehen, grundlegend in Frage.

Im Besonderen bedeutet dies:

1.1 Das politische Machtsystem

Das politische Machtsystem, welches von den etablierten, traditionellen Parteien und ihren Politikern aufrechterhalten wird, lässt keine Öffnung zu, um die wachsenden Probleme zum Wohle der Gemeinschaft zu lösen.

Obwohl die gleichen Politiker immer von Wettbewerb, freien Märkten, freiem Handel, usw. reden, schotten sie den politischen Bereich vehement ab. So ist die 5% Hürde, um als Gruppierung in ein Parlament einziehen zu können, nichts anderes als purer Protektionismus und eine Untergrabung der Demokratie.

Das System der Regierungsbildung über Koalitionen bzw. Mehrheitsbildung unter Parteien, die Beibehaltung von Parteifraktionen in den Parlamenten, der offene, namentliche Abstimmungsmodus, der daraus resultierende Fraktionszwang, all das untergräbt und zerstört die repräsentative Demokratie.

1.2 Der aufgeblähte Verwaltungsapparat

Der aufgeblähte Verwaltungsapparat wächst stetig weiter und übt eine immer größere Macht über uns Bürger aus. Er wird mehr und mehr zu einem Selbstzweck und engt das Leben auf vielen Ebenen ein.

Auf der einen Seite führen immer neue Gesetze und Regelungen zu einem Ersticken der Wirtschaft und des alltäglichen Lebens, auf der anderen Seite finden immer mehr DG-Bürger ihren Broterwerb in diesem Verwaltungskomplex.

Dieser hat jedoch der Allgemeinheit zu dienen und sollte so schlank wie möglich gehalten werden. Konkret bedeutet dies, dass z.B. das Pflegepersonal nur die kranken

Menschen pflegt, sein Dienst ist also direkt am Menschen und nicht, so wie es sich entwickelt hat, in der Dossier-Verwaltung.

Dieses Phänomen ist in fast allen Bereichen festzustellen, es geht heute mehr um Verwaltung, als um die Menschen. Eine angemessene Verwaltung ist ein Zeichen dafür, dass die öffentliche Hand gut organisiert und strukturiert ist und ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht wird. Weniger Regeln bedeutet auch mehr Eigenverantwortung der Bürger.

Wir trauen uns Bürgern mehr Freiheit zu. Abgesehen davon ist unser aktuelles Verwaltungssystem nicht mehr finanzierbar, auch wegen all der bestehenden Privilegien der Beamten.

1.3 Das Finanz- und Wirtschaftssystem

Das Finanz- und Wirtschaftssystem braucht eine grundlegende Reform. Diese würde es möglich machen, aus dem Wachstumszwang, der destruktive Auswirkungen auf alle anderen Bereiche unseres gesamten Gesellschaftssystems hat, auszubrechen und ein schuldenfreies Belgien ermöglichen. In einer endlichen Welt kann es kein unendliches Wirtschaftswachstum geben, welches unser bestehendes Zinsgeldsystem zu erzwingen versucht.

1.4 Steuer- und Subventionspolitik

Einen weiteren Aspekt der klassischen Politik, den wir grundsätzlich in Frage stellen ist die aktuelle Steuer- und Subventionspolitik.

Einerseits hält der Staat die Bürger und den Mittelstand durch hohe Lohnnebenkosten, Sozialkosten und Steuern klein. Zusätzlich führen immer mehr einengende Auflagen von staatlicher Seite, deren Nutzen fraglich sind, zu einem enormen Druck bei Erwerbstätigen und Unternehmern.

Andererseits versucht die klassische Politik vieles durch Subventionen und Zuschüsse zu fördern. Es werden unzählige, kostspielige Programme und Aktionen erschaffen. Dies erweckt den Anschein, als kümmere sich die Politik um die aktuellen Probleme.

Warum lässt die Politik die Bürger und den Mittelstand nicht leben und erspart sich und uns dann den ganzen Subventionswahnsinn?

Dieser Punkt zeigt sehr deutlich, wie die Politik ihre Macht missbraucht und über die Steuerpolitik Einfluss in zahlreiche Lebensbereiche nimmt.

Wenn wir wirkliche Veränderungen in unserer Gesellschaft erleben möchten - und es ist offensichtlich, dass wir daran nicht vorbei kommen werden - müssen wir uns zuerst einmal ansehen, was alles im Argen liegt. Wir sollten uns der tatsächlichen Lage bewusst werden, denn nur so können wir uns von dem verabschieden, was der Gesellschaft nicht mehr dienlich ist. Der Schaden ist da. Wir sollten davon absehen ihn schön zu reden oder zu versuchen ihn zu kaschieren.

Wie kann unsere Gesellschaft nun diese Schäden, ob es sich um kranke Verhaltensweisen oder Strukturen jeglicher Art (politische, juristische, soziale,...) handelt, erkennen und daran arbeiten, sie in konstruktive umzuwandeln? In erster Linie geht es darum, die Ursachen zu behandeln und nicht sich nur mit den Auswirkungen zu beschäftigen, so wie es in unserem Gesellschaftssystem der Fall ist.

Grundsatz:

Es nützt nichts, etwas Dienliches oder Gesundes auf einer unbrauchbaren oder kranken Basis aufzubauen. Das hat noch nie funktioniert und wird auch nie funktionieren! Wir brauchen eine grundlegende Erneuerung unseres politischen und gesellschaftlichen Fundamentes.

2 Vivant-Ostbelgien steht für:

2.1 Eine neue politische Kultur

Die aktuelle politische Herangehensweise unterstützen wir grundsätzlich nicht.

Vivant-Ostbelgien sieht eine ihrer Hauptaufgaben darin, auf politisch bedenkliche Entscheidungen im Parlament aufmerksam zu machen und die alt eingefahrene politische Vorgehensweise aufzuzeigen. Dabei leitet uns die Prämisse, dass ein Volksvertreter dem Wohl der Bürger zu dienen hat.

Das Wort „Minister“ stammt vom lateinischen Wort „ministrare“ ab, was „dienen“ bedeutet. Ein Minister sollte also ein Diener des Volkes sein. Ein politisches Amt inne zu haben, bedeutet eine ehrenvolle Aufgabe im Dienste der Bevölkerung wahrzunehmen. Persönliche (Macht)-Interessen haben dort nichts verloren.

Menschliche Qualitäten wie, Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Geradlinigkeit, Offenheit, die Bereitschaft Fehler einzugestehen, Einfühlungsvermögen, Verständnis und Mut sind die Basis für eine neue politische Kultur. Dies sind die eigentlichen Voraussetzungen, um uns die Strukturfehler vor Augen zu führen, ein bedeutsamer Schritt. Er stellt die eigentliche Basis dar, die wir für den Wandel zu einer neuen Gesellschaft dringend benötigen.

Der innere Antrieb und die innere Haltung, warum wir etwas tun, sind ausschlaggebend.

2.2 Eine grundlegende Veränderung des aktuellen Finanz- und Wirtschaftssystems

Wir brauchen eine offene, nicht voreingenommene, Diskussion zum aktuellen Wirtschafts-, Finanz- und Geldsystem. Trotz aller Rettungsversuche der klassischen Politik gab es nie so viele Arbeitslose und nie höhere Schuldenberge. Eine Eurokrise jagt die nächste, und die Situation wird nicht besser, sondern dramatischer. Alleine in Belgien steigt die Staatsschuld täglich um rund 47 Millionen Euro.

Ist es möglich aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftssystemfalle auszubrechen? Ja! Wir sind der Überzeugung, dass ein Umdenken unumgänglich ist! Ein Neuanfang in Sachen Finanz- und Wirtschaftssystem ist ein Schlüssel in eine wünschenswerte

Zukunft für ALLE. Im heutigen System entsteht Geld ausschließlich durch Kreditvergabe von privaten Kreditinstituten. Dies bedeutet, dass den Geldvermögen immer eine gleich hohe Schuld gegenüber steht. Der Zins bewirkt, dass diese Geldmenge stetig erhöht wird. Denn um den Zins der Kredite bezahlen zu können, müssen zuerst neue Kredite aufgenommen werden. In unserem aktuellen Finanzsystem können also nur dann Vermögen angehäuft werden, wenn sich jemand anderes im gleichen Maße verschuldet. Anders ist dies nicht möglich. Die Rolle des Schuldners haben auch die Staaten übernommen. Aber bei wem sind eigentlich alle Staaten verschuldet? Darüber wird in den Medien nie gesprochen!

Die Antwort ist, dass die Staaten bei privaten Kreditinstituten Schulden anhäufen! Der einzige Grund dafür ist, dass die Staaten die Geldschöpfungshoheit (d.h. das Recht Geld in Umlauf zu bringen) vor Jahrzehnten an private Geldinstitute abgegeben haben. Inzwischen sind die Schulden ins Unermessliche gestiegen und das System droht zu kollabieren. Die Resultate sind Preisinflation, Kaufkraftverlust, Enteignung der Sparer, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, Auswüchse auf den Finanzmärkten, gesteigerter militärischer Interventionismus und Bankenrettungen. Und dies alles zu Lasten von uns Bürgern und unserer Kinder.

Dabei gibt es Alternativen: Eine Möglichkeit umzusteigen können so genannte Parallelwährungen sein. Die Einführung einer umlaufgesicherten nationalen Zweitwährung kann hilfreich sein. Wie kann dies aussehen? Parallel zum Euro kann Belgien eine Komplementärwährung einführen und öffentliche Leistungen und Gehälter zu einem gewissen Prozentsatz in dieser Zweitwährung auszahlen. Die Bürger und die Unternehmer können hiermit ihre Steuern zahlen. Diese Parallelwährung soll monatlich an Wert verlieren, damit sie ständig zirkuliert. Es verliert daher seine Rolle als Wertaufbewahrungsmittel, die unser aktuelles Geld inne hat, und dient nur noch dem Austausch von Waren und Dienstleistungen. Beispiele aus der Geschichte zeigen uns, dass umlaufgesicherte Währungen in Krisenzeiten die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen können. Die Vorgehensweise kann sich auf mehrere Bereiche ausweiten, z.B. Altersversorgung durch Zeitwährung (Senioren-genossenschaft), oder eine Bildungswährung (siehe Saber in Brasilien). All dies funktioniert bereits. Belgien

kann diese Maßnahme heute ergreifen, ohne dass es Probleme mit der EU geben würde.

Das Tauschmittel Geld ist ein Äquivalent für Werte (Leistung und Güter). Geben und Nehmen sind zwei gleichwertige Aspekte des Wirtschaftens. Statt Geldhortung wird so der Geldumlauf gefördert.

2.3 Ein einfaches Steuersystem

Auf EU Ebene soll Belgien sich einsetzen für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, für eine Börsenumsatzsteuer und für eine Spekulationssteuer.

Die Börse war ursprünglich eine gute Erfindung. Menschen, die Geld hatten, trafen sich mit Menschen, die Ideen hatten. Heute ist die Börse mit all ihren Auswüchsen zu einem Kasino verkommen und dies auch auf Grund der Deregulierung der Märkte durch die klassische Politik.

Reine Spekulationen auf Währungen (Devisen), auf Nahrungsmittel und auf Rohstoffe müssen sofort verboten werden. Finanzderivate sind nur dann zulässig, wenn sie einen Nutzen in der Realwirtschaft haben. Sie dürfen nicht zur reinen Geldvermehrung missbraucht werden.

Achtung und Wertschätzung gegenüber Mensch und Natur stehen beim Wirtschaften im Vordergrund. Ökonomie und Ökologie sind dabei keine Gegensätze.

Heute wird ein Großteil des Steuereinkommens für die Finanzierung der enormen Kosten der Staatsschuld verwendet.

Die Staatsverschuldung kann durch Einsparungen auf vielen Gebieten, wie z.B. Subventions- und Bürokratieabbau, Schuldenschnitt bei Banken und eine Rückkehr der Geldschöpfung von privaten Banken in die Hand des Staates abgebaut werden.

Das Steuersystem soll so vereinfacht werden, dass es für jeden zu verstehen und anzuwenden ist. Es soll auf wenige Steuersätze reduziert werden, die für alle gleich sind. Jeder Bürger und jedes Unternehmen hat sich in angemessenem Maße an der Finanzierung des Allgemeinwohls zu beteiligen, nicht mehr und nicht weniger. Die Steuerlast muss insgesamt gesenkt werden.

Steuermissbrauch durch die öffentliche Hand und Regierung müssen strafrechtlich verfolgt werden.

2.4 Entfalten statt Bilden

In den Schulen sollte die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit dank einer wohlwollenden aber entschiedenen Führung durch die Lehrkräfte als Priorität gelten. Teure wissenschaftliche Studien sind hierbei unseres Erachtens weniger von Bedeutung. Jeder Mensch hat seine eigenen Stärken. Und jeder Mensch kann genau die Qualitäten zum Ausdruck bringen, die sein Platz in unserer Gesellschaft erfordert. Wir sollten davon wegkommen, dass alles immer wissenschaftlich belegt werden muss und nur einen Förderungswert hat, wenn es von weit hergeholt, hoch diplomierten Personen verkündet wird. Dabei stellen wir klar, dass wir nichts gegen hoch diplomierte Personen haben. Das Diplom ist aber bei weitem keine Garantie für Richtigkeit. Das kann jeder Bürger ganz leicht erkennen, wenn er sieht in welchem Chaos sich unsere Gesellschaft befindet. Und das trotz unzählbarer Spezialisten und Experten auf den verschiedensten Gebieten. Ein gesundes Hinterfragen ist dabei wertvoller als blinder Glaube.

Kinder müssen in unserer Gesellschaft wahrgenommen werden als das, was sie sind: Kinder. Kinder sollen Kinder sein dürfen. Sie brauchen Halt und Festigkeit. Wenn wir möchten, dass sie menschliche Qualitäten entwickeln, sollten wir vor allem genau diese vorleben.

2.5 Eine ganzheitliche Gesundheitspolitik, die diesen Namen verdient

Heute sind mehr Belgier krankgeschrieben als jemals zuvor, viele Menschen kommen mit dem Druck des Systems nicht mehr klar. Die Gesundheitsförderung hat nichts mit Gesundheit zu tun, sondern mit Krankheit behandeln. Die klassische Politik sieht ihre Hauptaufgabe in diesem Bereich darin, für genügend Ärzte und Krankenhäuserbetten zu sorgen. Dies ist in unseren Augen der falsche Ansatz.

Hinzu kommen noch Auswüchse wie das Werben für bedenkliche Impfungen als angebliche Gesundheitsförderung. Der derzeitige Einfluss der Pharmaindustrie auf Mediziner, Universitäten und politische Entscheidungsträgern ist bedenklich und alarmierend.

Dabei erhalten wir Gesundheit nur, wenn wir die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen. Vorsorge kommt vor der Sorge!

Eine Basis für ein gesundes Leben ist: saubere Luft, sauberes Wasser, vollwertige Nahrungsmittel, genügend Bewegung, Zeit für Müßiggang oder einfach ausgedrückt, ein ausgewogener Lebensstil. Unser menschlicher Körper befindet sich heute in einem Dauerstresszustand durch Umwelteinflüsse, wie z.B. Elektromobilität, Mobilfunkstationen, Chemikalien in Luft, Wasser, Lebensmittel und Kleidung, aber auch durch Druck am Arbeitsplatz oder im sozialen Umfeld. All dies beeinflusst die Gesundheit erheblich.

Dabei ist deutlich zu sagen, dass die klassische Politik sich mehr für die kommerziellen Interessen der Industrie, als für die der Bürger einsetzt. Beispiele wie die Zulassung fraglicher Nahrungsmittelzusätze (wie z.B. Aspartam) belegen dies.

Die Sicht- und Handlungsweise, die in unserem Gesundheitssystem vorherrscht, ist bestimmt durch die Schulmedizin. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf der körperlichen Ebene, welche in verschiedenen Bereichen, so z.B. in der Notfallmedizin, durchaus wichtige Arbeit leistet. Ein Großteil ist jedoch gerade bei chronischen Krankheiten lediglich Symptombehandlung. Wichtige Bereiche wie Psyche, Seele und Umwelt finden nur ansatzweise Beachtung. Diese unvollständige, oft sehr materielle Betrachtung des Menschen und seiner Krankheiten und die zunehmende Spezialisierung der Forschung und der medizinischen Disziplinen soll erweitert werden für einen ganzheitlichen Ansatz.

Wir sehen Ärzte, Heilpraktiker und andere Therapeuten als sich ergänzend neben- und miteinander Praktizierende. Hierzu müssen auch die medizinischen Hochschulen und die medizinischen Fakultäten inhaltliche Veränderungen erfahren.

Der ganzheitliche Ansatz und die Einbeziehung alternativer Heilmethoden führen zu einer erheblichen Kostensenkung im Gesundheitsbereich!

2.6 Ein Basiseinkommen für alle

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE), welches die Existenz absichert, sollte sofort eingeführt werden. Denn jeder Mensch hat das Recht auf eine Basis zum Leben. Damit haben wir gleichzeitig die Chance unnötige Bürokratie abzubauen. Das Grundeinkommen wird alle bisherigen Sozialleistungen wie, Arbeitslosen- und Kindergeld, Rente, „Minimex“, usw. ersetzen. Wir werden an Freiheit gewinnen, um

unser Leben nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Weil ein Jeder neben dem BGE unbegrenzt hinzuverdienen darf, entfällt die aktuelle Falle der Ersatzeinkommen.

2.7 Ein Leben mit der Natur und nicht gegen sie

Wir sind nicht getrennt von der Welt um uns herum. Eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder ist nur im Einklang und im Respekt mit der Natur zu erreichen. Einen Natur- und Umweltschutz, der diesen Namen verdient, betrachten wir daher als selbstverständlich.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist sofort durchzuführen. Die alten Atommeiler, wie Tihange 2 und Doel 3 sollen endgültig abgeschaltet werden. Die Nutzung alternativer Energiegewinnungstechniken soll weiter ausgebaut werden.

Hier sind es vor allem die Windkraft an Land und die Photovoltaik auf Dächern und Fassaden sowie die zwingend notwendigen Speichermöglichkeiten für erneuerbaren Strom, z.B. in Form von power-to-gas, welche entsprechend weiter gefördert und ausgebaut werden müssen. Die dezentrale Nutzung der erneuerbaren Energiequellen (Windkraft, Wasserkraft, Sonnenstrahlung, Erdwärme, Gezeitenkraft) ist heute bereits preiswerter als die atomar-fossile Versorgung, denn die Sonne schickt uns keine Rechnung, und die externen Kosten durch die konventionellen Energieträger Mineralöl, Erdgas und Kohle steigen immer weiter an.

Die Klimadebatte, bzw. die Frage ob die menschlichen Emissionen von Treibhausgasen für die Weltklimaerwärmung hauptsächlich verantwortlich sind, ist für uns insofern irrelevant, als wir die Überzeugung vertreten, dass wir Menschen immer gemäß dem Vorsorgeprinzip handeln müssen.

Das bedeutet, dass wir von der Dringlichkeit des Ausstiegs, aus der atomar-fossilen, hin zu einer erneuerbaren Energiegewinnung überzeugt sind.

Allerdings müssen auch bei der Nutzung der erneuerbaren Energien Fehler erkannt und vermieden werden. So lehnen wir z.B. die Nutzung von Photovoltaik auf Freiflächen ebenso ab, wie die Zugabe von Mais und Getreide in Biogasanlagen. Schließlich ist die Rodung von Urwäldern zwecks Herstellung von Bio-Treibstoffen natürlich vollkommen abzulehnen.

Neue umweltfreundliche und menschengerechte Techniken, mit denen Energie eingespart und Ressourcen geschont werden, sowie die Erforschung neuer Energieformen haben ihre Daseinsberechtigung. Abgelehnt werden dagegen, neben der Atomspaltung (Atomkraftwerke), die Kernfusion und die Genmanipulationstechnologien. Auch in diesem Bereich sollte der Mensch demütig sein. Der Mensch sollte seine Kleinheit gegenüber dem Wunder der Natur akzeptieren. Wenn wir in den Bauplan des Lebens (DNA) eingreifen, begeben wir uns womöglich in große Gefahr, da wir nicht die Kontrolle über diese Dinge haben.

Alle technischen Entwicklungen müssen vor der Einführung auf schädliche Auswirkungen auf Erde, Wasser, Luft, Mensch, Tiere und Pflanzen untersucht und im Zweifelsfalle abgelehnt werden.

Der gesunde Menschenverstand sagt, dass es nicht gut ist, das Wasser zu verseuchen das wir trinken, die Luft zu verpesten die wir atmen, und den Boden zu verschmutzen aus dem wir unsere Nahrung erhalten.

2.8 Tierschutz und eine naturgerechte Landwirtschaft

Garant für die Erhaltung des Bodens ist die ökologische, naturgerechte Landwirtschaft ohne Massentierhaltung. Die moderne Nutztierhaltung ist an Dekadenz kaum zu übertreffen. Um den größtmöglichen Profit zu erwirtschaften, wird die Gesundheit der Verbraucher durch den Einsatz von Antibiotika und Hormonen in der Tierzucht bewusst gefährdet. Die Tiere selbst werden unvorstellbaren Qualen ausgesetzt.

Die Nutztierhaltung muss von Grund auf verändert werden, um den Tieren ein würdevolles Leben zu ermöglichen und die Verbraucher zu schützen.

Der Boden muss geachtet und geschützt werden. Jede Form der Vergiftung bedeutet letztlich eine Vergiftung des Menschen. Das bedeutet insbesondere, dass Herbizide und Pestizide generell verboten werden müssen, nicht zuletzt auch zum Erhalt der Bienen und der anderen für die Bestäubung der Pflanzen notwendigen Insekten.

Menschen, Tiere und Pflanzen sind Lebewesen der gleichen Schöpfung. Wir sollten achtsam und respektvoll mit allen Lebewesen umgehen und alle in Frieden und Würde neben- und miteinander leben lassen.

Verbot jeglicher Tierversuche:

Die Wissenschaft hat längst hocheffiziente Alternativmethoden zu den klassischen Tierversuchen entwickelt, so zB die Forschung an Zellkulturen oder anhand von Computersimulationen, diese Methoden müssen umgehend weiter entwickelt und standardisiert werden, um die Versuche am Tier endgültig zu ersetzen. Diese modernen Testmethoden sind nicht nur tierfreundlicher, sie sind auch zuverlässiger und aussagekräftiger, es ist hinlänglich bekannt, dass Versuche am Tier sowieso kaum bis gar nicht auf den Menschen übertragbar sind. Nur 10-30% der Ergebnisse stimmen mit denen am Menschen überein. So wurde das Medikament Contergan vor seiner Einführung ausgiebig an verschiedenen Tierarten getestet, und ihm wurde sogar eine besonders gute Verträglichkeit während der Schwangerschaft bescheinigt. Diese Form der Tierquälerei ist also nicht nur über alle Maßen grausam, sondern vor allem total überholt und somit absolut sinn frei.

Abschaffung der Massentierhaltung und grundlegenden Veränderungen der Bedingungen in der Nutztierhaltung:

Die Haltungsbedingungen von Tieren zum Zwecke der Nahrungsmittel- und Warenproduktion müssen endlich anhand von strengen ethischen Richtlinien bestimmt werden. Dies bedeutet natürlich in erster Linie die konsequente Vermeidung jeder Art von Leid, sowohl in Form von physischen Schmerzen als auch des psychischen Stresses, verursacht durch unnatürliche, krank machende Haltungsbedingungen und schlechte Behandlung. Durch die derzeit praktizierten Methoden der immer größeren Kostenminimierung bei gleichzeitiger Leistungssteigerung ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Tiere, wird Leiden in großem Ausmaße jedoch als notwendiges Übel in Kauf genommen, was zu einem tierischen Lebensweg führt, der in seinem Elend kaum zu überbieten ist. Die Verhältnisse in der Tierhaltung müssen endlich derart angepasst werden, dass leidfreie Haltung zur Norm wird. Dazu müssen die geltenden Vorschriften dementsprechend angepasst werden, und die Durchsetzung muss mittels konsequenter Kontrollen und strenger Sanktionierungen voran getrieben werden. Noch einen Schritt weitergehend, sollte auch anerkannt werden, dass Tiere, genau wie wir Menschen, sowohl Wohlbehagen als auch Unwohlsein empfinden! In fast jeder (Nutz-)Tierhaltung wird dieser Aspekt jedoch ignoriert bzw. verleugnet. Wir Menschen nehmen es uns in

unserer uns selbst erdachten Rolle als "Krone der Schöpfung" heraus, andere Lebewesen zu beherrschen und auszubeuten. Dabei sollten wir eigentlich die moralische Verantwortung erkennen, den Wesen, von denen wir so sehr profitieren, die bestmögliche Lebensqualität zu bieten.

Tierzucht und Haustierhaltung:

Tierheime und Auffangstationen quellen über von ungewollten Haustieren, herrenlose verwilderte Tiere streunen umher, vermehren sich unkontrolliert und leiden häufig an Krankheiten, die sich immer weiter verbreiten. Gleichzeitig wird immer noch mehr Tiernachwuchs produziert, durch teils unseriöse Züchter und Privatpersonen. Der kommerzielle Handel in Form von Zoofachgeschäften vertreibt massenweise Zuchttiere, ohne Zucht- und Tierschutzstandards einzuhalten. Die Haustierflut wächst immer weiter und wird ohne ein regelndes Eingreifen über kurz oder lang Überhand nehmen. Wohin dies führt, kann man schon jetzt in verschiedenen südlichen und östlichen Ländern mit ihren Horden von verwilderten Tieren beobachten, denen sie sich nur noch durch Entledigung mittels Massentötungsmaßnahmen gewachsen sehen. Die Problematik um die Haustiervermehrung muss deshalb dringend von der Politik aufgegriffen werden um Lösungsansätze wie großflächige Kastrationsprogramme und die Eindämmung von kommerziellem Handel mit Tieren zu erarbeiten. Angesichts der beschriebenen Umstände ist es ein Unding, dass Tierheime und Tierschutzorganisationen fast ausschließlich von privaten Spenden getragen werden. Die Aufrechterhaltung dieser Dienste muss durch sichere Kostendeckung in ausreichender Höhe gewährleistet werden, damit sie ihre Arbeit zuverlässig und effizient verrichten können.

2.9 Mehr Bürgerrechte und weniger Staat

Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sind Mittel der direkten Demokratie, die wir als politische Bewegung unterstützen und fordern. Ein Beispiel dafür ist die bindende Volksbefragung nach Schweizer Modell. Wir möchten mündige Bürgerinnen und Bürger und das geht nur über mehr Freiheit und Mitbestimmung für den Einzelnen. Die parlamentarische Immunität sollte in Frage gestellt werden und der damit einhergehende Missbrauch sollte zur Aussprache kommen.

2.10 Trennung von Staat und Kirche

Vivant-Ostbelgien ist für eine strikte Trennung von Staat und Kirche, d.h. allen so genannten religiösen Kulturen. Dies steht zwar so in der belgischen Verfassung, findet aber keine praktische Anwendung. Jeder Mensch ist in der Wahl und der Ausübung eines religiösen Kultes frei. Insofern sollen die Institutionen der religiösen Kulte sich auch selbst finanzieren.

Für die Finanzierung der anerkannten Kulte gibt der belgische Steuerzahler jährlich rund 600 Millionen € an Steuergeldern aus, ohne die Instandhaltung der Gebäude und Gehälter der Bediensteten mit einzurechnen. Dies kann nicht Aufgabe der Allgemeinheit sein.

Die mit dieser Veränderung einhergehende Kostenersparnis im Haushalt des Föderalstaates und der Gliedstaaten, soll den Bürgern in Form von Steuerreduzierung zu Gute kommen. Somit steht den Bürgern das Geld zur Verfügung, den religiösen Kult ihrer Wahl finanziell zu unterstützen. Menschen, die sich an keinem religiösen Kult beteiligen möchten, brauchen auch kein Geld dafür auszugeben. Gerade im Bereich der Wahl der Religion, die auf eine persönliche, innere Überzeugung basiert, kann es nicht sein, dass Bürger für Kosten von Einrichtungen aufkommen, die nicht ihrer religiösen Überzeugung entsprechen.

Ein zweiter, wichtiger Punkt ist in unseren Augen die Tatsache, dass staatliche Entscheidungen nicht nach religiösen Gesichtspunkten getroffen werden dürfen. Hier müssen ethische Richtlinien und menschliche Maßstäbe angesetzt werden. Es darf weder eine Einflussnahme des Staates auf die Religionen, noch eine der Religionen auf den Staat geben.

2.11 Eine sinnvolle Entwicklungshilfe

Hilfe zur Selbsthilfe kann angeboten werden, wenn sie angefragt wird. Entwicklungshilfe kann bei uns nur bedeuten, die Ausbeutung der Entwicklungsländer zu beenden.

Die Hauptursache der zunehmenden Flüchtlingswelle ist die Ausbeutung der Menschen in den Entwicklungsländern durch die Wirtschafts- und Finanzkonzerne der Industrieländer. Es ist die gleiche Ausbeutung, wodurch auch hier in der DG zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit bewirkt werden.

Vor diesem Hintergrund und bei einer zunehmenden Zahl an Wirtschaftsflüchtlingen muss man in Belgien fast zwangsläufig mit zunehmender Ausländerfeindlichkeit rechnen. Deshalb lässt VIVANT- Ostbelgien nicht locker, immer wieder darauf hinzuweisen, dass das Schuldgeldsystem als Ursache für sehr viele menschliche, soziale und Umweltprobleme behoben werden muss, selbst wenn die meisten Minister in Belgien, und die Minister in der DG, diesen Zusammenhang leugnen.

Auch der Verkauf der stark subventionierten überschüssigen Nahrungsmittel aus der EU auf den Märkten in den Entwicklungsländern, wie z.B. jetzt die überschüssigen Milchprodukte nach der progressiven Erhöhung bis hin zur geplanten kompletten Liberalisierung der Milchquoten, muss unterbleiben. Durch die Vermarktung der in Europa erzeugten überschüssigen Nahrungsmittel werden die Nahrungsmittelpreise der einheimischen Landwirte dort unterboten, und die dortigen Landwirte ruiniert.

Wir können als DG nicht das Elend der ganzen Welt beseitigen, und wir können auch nicht alle armen Menschen aus den Entwicklungsländern bei uns aufnehmen, wir können aber sehr wohl, einerseits die wirklichen Ursachen des Elends in der Dritten Welt erkennen, und uns dann in den entsprechenden Gremien in Brüssel für die Beseitigung dieser Ursachen einsetzen und europäische Verträge, wie die so genannten Freihandelsabkommen, ablehnen!

2.12 Wohlstand und soziale Gerechtigkeit

Die Armut und die soziale Ungerechtigkeit finden ihre Hauptursache ebenfalls in der Verschuldung des Staates, der Unternehmen und der Privatpersonen.

Die Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten haben das private Schuldgeldsystem mit Namen "Euro" als einziges gesetzliches Zahlungsmittel eingesetzt. Neues Geld kommt nur zu rund 5% in Form von staatlich geprägten Euro-Münzen und vom Staat gedruckten Euro-Banknoten in den Wirtschaftskreislauf. 95% der gesamten Geldmenge wird als Kredit von den privaten Geschäftsbanken aus dem Nichts geschaffen und gegen Zins und Zinseszins in den Wirtschaftskreislauf eingebracht.

Durch den von privaten Geldgebern (Kreditinstitute, Fonds aber auch Privatleute) abkassierten Zins und Zinseszins steigt die Schuldenspirale immer weiter (exponentiell!) an. Wir stehen zurzeit am Explosionspunkt dieser Schuldgeldexpansion.

Es ist also überhaupt nicht so, wie die meisten Menschen glauben, dass nämlich der Staat das Geld kontrolliert, bzw. die Geldhoheit wahrnimmt, so wie es eigentlich seine Aufgabe wäre! Die Geldhoheit liegt heute in der Hand der privaten Geschäftsbanken. Den europäischen Mitgliedstaaten kostet das jährlich, wegen der nicht ausgeübten Geldschöpfung, hunderte Milliarden Euro an Steuergelder, welche die Bürger zahlen müssen. Diese eigentliche Souveränität eines Staates wurde ganz ohne Not, und von den meisten Politikern vollkommen unbemerkt, an die Privatbanken abgetreten. VIVANT- Ostbelgien hat als einzige Partei in der DG diese Zusammenhänge seit 2005 im Parlament der DG konsequent aufgezeigt und die notwendige Korrektur dieses, der Geldfälscherei gleichzusetzenden, Tatbestandes gefordert. Die Korrektur besteht in der Rückführung der Geldschöpfung von den privaten Geschäftsbanken an den Staat, bzw. an die Nationalbank, eine von der Regierung unabhängige und dem föderalen Parlament Rechenschaft schuldende, staatliche Instanz.

Die soziale Schieflage, die jetzt dadurch entsteht, dass die Banken hohe Geldschöpfungsgewinne und die Vermögenden hohe Zinseinnahmen einstreichen, während die Staatsschulden und die Sozialausgaben steigen, würde überwunden.

Die öffentlichen und die privaten Haushalte würden von den Zinszahlungen auf neu geschöpftes Geld der Banken befreit. Diese Zinszahlungen erhöhen die Preise der Güter und Dienstleistungen im Durchschnitt um 30 bis 40%. Das heißt, wir zahlen ständig eine indirekte Steuer. Nur ist es heute so, dass das Geld dieser indirekten Zinssteuer in private Taschen abfließt. Es ist im Grunde unfassbar, dass wir diese vollkommen unnötige Schuldenmacherei der Föderalregierung, aber auch der Regierungen in den Regionen und Gemeinschaften sowie der Bürgermeister- und Schöffenkollegien in den Kommunen, bei privaten Geldgebern tatenlos geschehen lassen!

VIVANT-Ostbelgien schlägt als Lösung vor, dass der belgische Staat seine Staatsbons unmittelbar zur Bezahlung der Aufgaben der öffentlichen Hand nutzt, also nicht mehr den Umweg über private Geldgeber und den Euro geht, um so eine weitere staatliche Verschuldung zu vermeiden.

2.13 Einen vernünftigen Datenschutz

In einer Zeit, in der das Sammeln und Abgleichen von Informationen immer einfacher wird, ist es wichtiger denn je, das Horten von privaten Daten sehr kritisch zu betrachten. Zu leicht lassen sich hieraus fast lückenlose persönliche Bewegungsmuster erstellen. Gerne werden heute unter dem Deckmantel der Vorbeugung bestehende Regeln zum Schutz unserer Privatsphäre aufgeweicht.

Dieses Thema ist durch jüngste Erkenntnisse in Bezug auf die NSA noch brisanter geworden. Bisher bleibt jedoch ein signifikanter Nachweis des Nutzens solcher Datenansammlungen geschuldet. Zuletzt beschließt die belgische Polizei den Aufbau einer lückenlosen Verfolgung aller Fahrzeuge per Kamera gestützter Erkennung der Nummernschilder im belgischen Straßennetz.

Statt einer bekannten Romanvorlage nach zu eifern sind wir der Meinung, dass unsere Energie an anderen Stellen sinnvoller einzusetzen ist. Wie in anderen Bereichen auch werden wir diesbezüglich ein wachsames Auge auf zukünftige Gesetzesvorschläge und bestehende Gesetze haben und werden diese kritisch nach den wahren Beweggründen hinterfragen.

Denn nicht alles technisch Machbare ist auch sinnvoll!

3 Vivant-Ostbelgien und die Zuständigkeiten der DG

3.1 Einleitung

Die hier angesprochene Auflistung geht nur mit einem kompletten Umdenken in der Politik einher, und ist teilweise nicht alleine auf Basis der DG zu bewältigen, dies ist uns bewusst.

Auch handelt es sich in vielen Bereichen um Visionen, die nicht von heute auf morgen zu erreichen sind. Vieles kann nur Schritt für Schritt umgesetzt werden. Unsere Standpunkte sehen wir als einen Leitfaden, an dem die Politik ihr Handeln ausrichten sollte. Entscheidend ist, sich von dem Alten zu lösen und diese neue Richtung zu erkennen und einzuschlagen.

Umso mehr ist es deshalb wichtig, dass die Verantwortlichen in der Regierung der DG sich für eine andere Geld-, Wirtschafts-, Sozial-, und Finanzpolitik in Belgien und der EU einsetzen. Da die Regierung der DG an den verschiedenen interministeriellen Konferenzen teilnimmt und auch über die verschiedenen EU Gesetze mit abstimmt, ist es unsere Pflicht als Gemeinschaftspolitiker, die Missstände auf föderaler Ebene anzusprechen und Alternativen aufzuzeigen.

Der Umgang und die Verteilung von Mitteln, welche der DG zur Verfügung stehen, kritisieren wir aufs Äußerste. So ist es völlig unverständlich, dass die Regierung an ihren Privilegien festhält, wie Dienstfahrzeuge, persönliche Chauffeure und steuerfreien Unkostenpauschalen, die jeder Minister erhält. Solche Exzesse, stehen eigentlich im Widerspruch zu der immer wieder angesprochenen Krise und dem Mantra "wir müssen sparen". So wurde in den Diensten gekürzt und die versprochenen Lohnerhöhungen der Lehrer beschnitten. Die Prestige, wie die Auslandsreisen und die Repräsentation, stehen immer noch im Vordergrund.

Sonderbar ist jedoch, dass es Dienste in der DG gibt, die schon mehr als 30 Jahre gute Arbeit leisten und trotzdem teilweise immer noch bei der Regierung anfragen müssen, damit sie Gelder bekommen, die sie benötigen, um genau das zu machen, was ihnen von der Regierung aufgetragen wurde.

Für gute und sinnvolle Projekte braucht man Geld. Das Geld wird aber knapper. Das heißt, es müssen immer wieder Sparmaßnahmen durchgezogen werden.

Und uns allen ist bewusst, dass die Probleme nicht weniger werden. Der Bedarf an Unterstützung steigt. Wir müssen uns auseinandersetzen mit zunehmender Armut und gesundheitlichen und sozialen Problemen, die ständig größer werden.

Wir kommen also an einem Überdenken des aktuellem Geld- und Wirtschaftssystem nicht vorbei. Wie anders sollen denn Zielsetzungen, wie die Aufwertung des Lehrerberufes, die Aufwertung der Pflegeberufe, Anpassung der Barema im sozio-kulturellen Bereich, usw., Zielsetzungen, die wir ausdrücklich unterstützen, finanziert werden?

Die DG ist abhängig von einem finanziell starkem Föderalstaat Belgien, dies können und dürfen wir nicht ignorieren.

3.2 Kultur

In erster Linie sollte die öffentliche Hand die Bereiche der Kultur fördern, die allen Menschen in der DG gleichermaßen zur Verfügung stehen. Den Bürgern soll ein Rahmen geboten werden, der ihnen ermöglicht, den unterschiedlichsten Aktivitäten nachzugehen und sich da entfalten zu können. Dort sollte weniger die Leistung, als die Freude und Erfüllung im Vordergrund stehen. Kulturschaffende, die eine professionelle Ausrichtung anstreben, können das selbstverständlich machen, der Staat sollte sich dann aber in der finanziellen Unterstützung zurückhalten.

3.3 Medien

Aus der Erfahrung der letzten Jahre müssen wir feststellen, dass alles was sich in der DG rund um die Medien dreht, recht kompliziert und undurchsichtig ist. Vivant-Ostbelgien fordert deshalb mehr Transparenz, sowie eine völlige Unabhängigkeit der Medien in der DG von der jeweiligen DG-Regierung.

3.4 Sport

Sportinfrastruktur, Sportverbände und Sportvereine, die allen Bürgern gleichermaßen zur Verfügung stehen, sollen von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Die Unterstützung des Breitensports in der DG funktioniert sowohl auf Gemeinde- als auch auf Gemeinschaftsebene.

Was den Spitzensport betrifft, so ist jeder Mensch frei ihn zu betreiben. Sei es als sogenannter Amateur, als Halb- oder Vollprofi. Für die Finanzierung seiner Aktivitäten in diesem Bereich, sollte er aber auch selber aufkommen. Dies ist nicht Aufgabe der Allgemeinheit.

3.5 Tourismus

Der Tourismus ist ein Bereich der stark für die Wirtschaft an Bedeutung hinzugewonnen hat. Solange wir einen Tourismus in Einklang mit Natur und Bevölkerung pflegen, ist dem auch nichts entgegen zu setzen. Im Gegenteil, dies ist zu fördern. Jedoch ähnelt die Tourismuspolitik oft, dem Vorgehen an einem verbeulten Fahrzeug. Alles wird schön kaschiert und poliert, doch der Rost und die Beulen bleiben unter der Oberfläche bestehen.

Nehmen wir als Beispiel die Bachläufe unserer Region. So ist mehrere Jahre infolge in den einregistrierten Fließgewässern der DG, in denen Baden möglich ist, ein Badeverbot wegen der schlechten Wasserqualität ausgesprochen worden. In allen Gemeinden der DG ist diese Problematik gravierend.

Wanderer welche die Natur genießen wollen, werden konfrontiert mit Abwässern, welche direkt in unsere Bäche fließen. Ist dies ein Aushängeschild für unsere Region, für unsere Natur, für unseren Tourismus?

Wie heißt es im regionalen Entwicklungskonzept: *„Hier muss die DG in direkter Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region und den DG-Gemeinden handeln.“* Obwohl Studien, unter anderem von der Provinz durch EU-Mittel gefördert in Auftrag gegeben worden sind, welche gravierende Missstände zu Tage brachten, wird dieses Problem ignoriert. Dies ist nicht nur ein Problem für den Tourismus, nein auch für die Landwirtschaft und unser aller Gesundheit.

3.6 Familie und Jugendpolitik

Grundsätzlich stellen wir die aktuelle Familienpolitik in Frage. Es wird von Familie gesprochen aber die eigentliche „Familie“ ist nicht damit gemeint. Im Gegenteil, es geht fast nur noch darum, dass Kinder rund um die Uhr einen Betreuungsplatz außerhalb der Familie erhalten, damit die Eltern den Arbeitsmarkt bedienen können.

Es fehlt in unserer Gesellschaft an der Wertschätzung der überaus wichtigen Tätigkeit der Mutter und des Vaters. Wir Menschen sollten uns darüber im Klaren sein, dass für unserer aller Zukunft, die Begleitung und Erziehung der Kinder durch die Eltern als wichtiger Beitrag zur Gesundung gesehen werden muss. Wir sollten die unberechtigte Angst ablegen, dass wir, egal ob Frau oder Mann, nur etwas wert sind wenn wir in einem Arbeitsverhältnis stehen.

Das Thema Arbeit muss grundlegend überdacht und reformiert werden. Wenn wir die Tätigkeiten vor allem wertschätzen, die zum eigentlichen Wohlstand einer Gesellschaft gehören, wie das Vermitteln von Geborgenheit, Stabilität und Selbstvertrauen, legen wir einen Grundstein für eine bessere Zukunft. Ein Grund mehr das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen!

Es muss grundsätzlich an die Sache herangegangen werden. Die Lösung kann nicht darin liegen, dass Kinder so früh wie möglich morgens aus dem Haus gehen und so spät wie möglich abends nach Hause kommen.

Wir schlagen vor:

- Eine offene, sachliche gemeinschaftsübergreifende Diskussion zum Einführen eines bedingungslosen Grundeinkommens in ganz Belgien. Dies schafft Eltern die Möglichkeit bei ihren Kindern zu sein und mit ihnen Zeit zu verbringen, sprich Familie zu leben. Ein echter Mehrwert für uns alle!
- Kindergarten und Schule sollen kostenlos für alle sein.
- Alten und Pflegeheime müssen für alle bezahlbar sein.
- Für alte Menschen, die ganz oder teilweise allein zurechtkommen müssen, werden angepasste Wohnformen geschaffen.

- Transport zur Schule mit dem Bus muss kostenlos sein. Die komplizierten Regelungen durch die TEC müssen vereinfacht werden. Beim Einsteigen muss der Ausweis des Kindes, wie es z. B. bei der SNCB üblich ist, genügen.
- Für unsere Studenten, aber auch für alle Einwohner in der DG müssen bessere Busverbindungen ab Verviers und Eupen in Richtung St.Vith und wieder vom Süden der DG in Richtung Eupen und Verviers vorgesehen werden.

3.7 Gesundheit

Die beiden Krankenhäuser in der DG müssen als Grundversorgung erhalten bleiben.

Dem Thema Impfen stehen wir sehr kritisch gegenüber. Eine Vielzahl von Wissenschaftlern, Professoren und Ärzten warnen vor direkten Gesundheitsrisiken vieler Impfungen. Die Wirksamkeit der Impfungen wird von vielen Experten in Frage gestellt. Die meisten Impfstoffe enthalten Aluminium oder Quecksilber als „Adjuvans“, so genannte Verstärkerstoffe.

Dabei ist eigentlich jedem bekannt, dass beide Stoffe auch in kleinsten Mengen für den menschlichen Körper giftig sind. Impfkampagnen jeglicher Art sollten nicht von der Politik durchgeführt werden. Sie sollte die Bürger seriös über ihre möglichen positiven und negativen Auswirkungen informieren. Jeder Bürger sollte seinen Arzt oder Therapeuten konsultieren und frei entscheiden, ob er sich impfen lassen möchte. Kein Bürger darf zu einer Impfung gezwungen werden. Pflichtimpfungen gehören abgeschafft.

Das Hauptaugenmerk in der Gesundheitsvorsorge sollte in der DG auf die Vorbeugung von Krankheiten gelegt werden. Ganz wesentlich ist hierbei eine gesunde Lebensführung.

Die DG kann insbesondere im Schulbereich positiv auf die Kinder und Jugendlichen einwirken.

3.8 Empfang und Integration von Einwanderern

Jede Einwanderungspolitik muss damit beginnen, die Ausbeutung der so genannten Entwicklungsländer sofort zu beenden. Denn dies ist mit einer der Gründe, weshalb Menschen aus vielen Ländern auswandern. Lesen Sie dazu auch unter 2.11.

Vivant-Ostbelgien steht für faire Einwanderungsregeln. Fair bedeutet für uns in diesem Zusammenhang, dass diese Regeln nicht dazu führen, dass die aufnehmende Bevölkerung durch sie benachteiligt wird.

Wir können in Belgien und in der DG nur eine begrenzte Anzahl von Einwandern aufnehmen. Allein schon rein volkswirtschaftlich betrachtet, kann eine zu große Zahl Einwanderer zu Problemen führen. Vor allem Menschen, die nur aufgrund der im Vergleich zu ihrem Heimatland, viel besseren Sozialsysteme nach Belgien kommen, stellen ein Problem dar. Eine Integration ist auch manchmal auf Grund großer kultureller Differenzen nicht möglich.

Wir sollten der Realität ins Auge sehen. Neben den Einwanderern, welche als Flüchtlinge aus Kriegsgebieten oder wegen Verfolgung und Diskriminierung in ihrem Heimatland zu uns kommen, verlassen viele Menschen ihr Land, um bei uns bessere wirtschaftliche Lebensbedingungen zu finden.

Vivant-Ostbelgien vertritt die Ansicht, dass grundsätzlich jeder Mensch der nach Belgien kommen möchte bei uns herzlich willkommen ist, wenn er die Möglichkeit und den Willen hat, sich in Belgien zu integrieren.

Konkret bedeutet dies, dass er zumindest einer der drei Landessprachen mächtig sein muss, bzw. sich diese aneignet und eine Arbeitsstelle findet, bzw. sich ans Allgemeinwohl beteiligt. Jeder Einwanderer ist zuerst einmal für seine Integration selbst verantwortlich. Der Staat sollte in angemessenem Maße unterstützend zur Seite stehen. Wir widersprechen jedoch der Haltung verschiedener Organisationen, die sogar diejenigen Zuwanderer integrieren möchten, die sich selber gar nicht integrieren wollen.

Zusammenfassend sagen wir, dass jeder herzlich willkommen ist, wenn er denn bereit ist, sich zu integrieren, dafür die nötigen Schritte unternimmt und mit Achtung der einheimischen Bevölkerung begegnet. Wir sind jedoch nicht bereit, unser Heimatland denen zu überlassen, die mit einer anderen Haltung und anderen Absichten zu uns kommen.

3.9 Seniorenpolitik

Viele Senioren sind heute zunehmend bis ins hohe Alter fit und leistungsfähig. Pflegebedürftige Senioren hingegen, finden in unserer wettbewerbsorientierten

Gesellschaft nur wenig Platz. Da sie nun keine oder wenig Leistung erbringen, werden sie schnell als Belastung wahrgenommen.

Wenn wir unsere jungen Menschen aber weiterhin auf Leistung trimmen, dann wird sich daran nichts ändern. Im Gegenteil, die heutigen jungen Menschen sind die Erwachsenen von morgen, und sie werden die Senioren mit den Werten behandeln, die wir Ihnen heute beibringen.

Es zwingt sich die Frage auf: Welchen Platz hat der Mensch, die Menschlichkeit noch in unserer Gesellschaft? Wir sollten uns heute diese Frage stellen, damit wir jetzt unseren Kindern und jungen Menschen die Werte vermitteln können, die notwendig sind, um eine Gesellschaft des „Miteinanders“ wachsen zu lassen, in der jede Generation eingebunden ist.

3.10 Unterricht und Bildung

Vivant-Ostbelgien lehnt den kompetenzorientierten Unterricht ab, der richtigerweise eigentlich erwartungsorientierter Unterricht heißen sollte. Wir befürworten einen am Kind orientierten Unterricht. Für uns ist das oberste Ziel, die Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, ihre mitgebrachten Talente und Begabungen zu entdecken und zu entfalten.

Die so hoch gelobten Rahmenpläne beispielsweise entstammen den Vorgaben der wissensbasierten Unterrichtspolitik. Wir vermissen darin jedoch wertvolle Aspekte wie Festigkeit, Halt, den Raum für Emotionalität, die Wertschätzung der Gefühle, Wärme und vieles mehr. Wie wollen wir unseren Kindern und Jugendlichen denn zu Selbstvertrauen und Selbstverwirklichung verhelfen, wenn wir diese Dinge nicht in den Mittelpunkt rücken? Wissensbasierte Bildungspolitik vernachlässigt dies.

Desweiteren wehren wir uns gegen die Einflussnahme der EU auf die Unterrichtspolitik der Nationalstaaten und ihren Gliedstaaten, obwohl die Unterrichtspolitik nach wie vor in die Zuständigkeit der Nationalstaaten und ihrer Gliedstaaten fällt.

Die Europäische Kommission übt eine Schlüsselrolle bei der Formulierung und Durchsetzung bildungspolitischer Ziele und Kriterien aus. Häufig übernimmt sie Vorschläge und Anregungen in ihre Aktionsprogramme, die auf die Interessen bestimmter Wirtschafts- und Industrieverbände zurückzuführen sind. Deren Interesse

besteht hauptsächlich darin, die Bildungspolitik der EU für ökonomische und arbeitsmarktpolitische Zwecke zu nutzen. Die Ausrichtung der EU-Bildungspolitik auf primär ökonomische Kriterien entstammt dem Einfluss der Wirtschaftsverbände durch gezielten Lobbyismus auf die EU-Kommission. Die Betonung von Bildung und lebenslangem Lernen als wichtige Faktoren zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Verbesserung der Beschäftigungschancen wird uns als das Allheilmittel dargestellt.

Im Bereich der allgemeinen und der beruflichen Bildung werden aus diesem unternehmerischen Blickwinkel vornehmlich solche Kompetenzen vermittelt, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechen.

Vivant-Ostbelgien ist der Meinung, dass Bildungspolitik nicht an rein wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet sein darf. Wir brauchen auch keine Angst zu haben, im globalen Wettbewerb nicht bestehen zu können. In unseren Augen gehört die Zukunft denjenigen Menschen, die mit beiden Beinen auf dem Boden stehen und mit Selbstvertrauen und gesundem Menschenverstand ihren Weg gehen.

Bildung ist wertvoll. Sie sollte jedoch nicht überbewertet werden. Wer glaubt, dass Bildung der beste Garant gegen Arbeitslosigkeit ist, der sollte sich in Spanien oder Griechenland umsehen. Was nützt die beste Bildung, wenn es keine Arbeitsplätze gibt? Eine solide Ausbildung „Ja“, Bildungswahn „Nein“.

3.11 Beschäftigung

Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit werden zumeist mit falschen politischen Entscheidungen oder mit individuellem Fehlverhalten begründet. Selten werden wirtschaftliche Rahmenbedingungen und unser Finanzsystem grundsätzlich in Frage gestellt. Aber genau hier sind die tieferen Ursachen des Dilemmas verborgen.

Natürlich ist jeder in erster Linie für sich selber verantwortlich und sollte nach seinen Möglichkeiten sich bilden, um eine entlohnte Tätigkeit zu finden.

Es gibt jedoch keinen Mangel an Arbeit. Es gibt einen Mangel an bezahlbarer Arbeit. Vieles ist im jetzigen System nicht finanzierbar, so z.B können dringend durchgeführte Straßenarbeiten auf Grund finanzieller Engpässe der öffentlichen Hand nicht durchgeführt werden.

Die Arbeitslosigkeit, so wie sie schon seit langen Jahren in Belgien und weltweit besteht, wird in Zukunft noch weiter zunehmen. Dafür gibt es mehrere Gründe:

Die fortschreitenden technischen Errungenschaften erlauben es der Industrie und den Unternehmen immer effektiver zu automatisieren und damit mit weniger Personal sogar noch mehr zu produzieren. Abgesehen von der dadurch entstehenden Arbeitslosigkeit ist diese Entwicklung zu begrüßen, denn sie befreit die Menschen von schweren und monotonen Arbeiten und erhöht ganz wesentlich die Effizienz der Produktion.

Diese Entwicklung ist einer der Gründe, warum das zur Existenz notwendige persönliche Einkommen der Menschen unabhängig sein muss von einer bezahlten Tätigkeit. Deshalb schlägt VIVANT die Zahlung durch den Staat eines bedingungslosen, die Existenz absichernden und persönlichen Grundeinkommens vor.

Auf Grund der Verschuldung der öffentlichen Hand bleiben die Lohnnebenkosten, d.h. die Steuern und Sozialabgaben, hoch. Dadurch nimmt einerseits die Schwarzarbeit zu und die Betriebe lagern in Niedriglohnländer aus. Andererseits kann die öffentliche Hand ihre wichtige Aufgabe als Arbeitgeber nur noch ungenügend wahrnehmen. So werden weniger Lehrer, Kranken- und AltenpflegerInnen, Forscher, SozialhelferInnen, Jugendanimatoren, usw. eingestellt, als notwendig wären.

Die Auswirkungen der Staatsverschuldung auf den Arbeitsmarkt sind also ein weiterer, ganz wesentlicher Grund, warum der Staat die Geldhoheit wieder übernehmen muss! Ein schuldenfreier Staat kann die Lohnnebenkosten so weit absenken, dass die Unternehmen auch in Belgien wieder einfache Jobs anbieten können und dadurch diese Arbeit nicht mehr in Billiglohnländer ausgelagert wird.

3.12 Denkmal- und Landschaftsschutz

Denkmalschutz ist sicher eine gute Sache, nur wenn die Kassen leer sind, ist es unverantwortlich Projekte zu realisieren, die Unmengen an Steuergeldern verschlingen. Das kann sich ändern, wenn wir unser Geld- und Wirtschaftssystem neu gestalten, damit öffnen sich dann ganz neue Türen. Solange das nicht der Fall ist, sollte mit Vernunft an Denkmal geschützten Gebäuden Steuergelder verwendet werden. Ein Beispiel an unvernünftiger Herangehensweise sehen wir in der Restauration des

Heidberg-Klosters in eine Bildungsstätte oder des Sanatoriums in ein Parlamentsgebäude.

3.13 Staatsreform und Autonomie

Die wohl größte Errungenschaft der Autonomie der DG ist die Festigung unserer Sprache als offizielle Amtssprache in Belgien, und die Selbstbestimmung in vielen Bereichen des Alltags der Bürger.

Auch hat die Deutschsprachige Gemeinschaft inzwischen einen festen Platz innerhalb des belgischen Föderalstaates eingenommen. Wir wertschätzen dies sehr! Deshalb sollten wir uns auch von niemandem Angst machen lassen, die DG könnte abgeschafft werden oder zu einem Anhängsel der Wallonischen Region degradiert werden. Die DG hat ihren Platz in Belgien und das ist gut so!

Jedoch darf Autonomie kein Selbstzweck sein und man sollte auch über die Schattenseiten reden. Das Geld welches die DG, vom belgischen Steuerzahler erhält sollte mit Vernunft und Bedacht zum Wohle der Bürger ausgegeben werden und nicht zur Selbstdarstellung der Regierenden.

Die Selbstbestimmung der DG kann in vielen Bereichen dem Bürger sehr dienlich sein, aber sie birgt auch Gefahren, besonders wenn Einzelpersonen seit Jahren oder Jahrzehnten diese Macht ausüben.

Die DG ist nun einmal sehr klein und jeder kennt jeden und irgendwie ist alles miteinander verwoben. Dies kann Machtmissbrauch begünstigen und manche Bürgerinnen und Bürger erleben dies als einengend und belastend. Da der große Verwaltungsapparat der DG, Arbeitgeber vieler Ostbelgier ist, bleibt die kritische Meinungsäußerung des Öfteren auf der Strecke.

Wir sind der Meinung, dass die Autonomie sehr viel mehr Möglichkeiten bietet, würde die Vorgehensweise nicht an dem klassischen politischen Schema ausgerichtet sein. Was bedeutet denn Autonomie, wenn man dann dasselbe wie die anderen macht und alles was von Brüssel kommt mit Ja und Amen absegnet?

Für uns ist Autonomie dann fruchtbar, wenn man wirklich selber entscheidet und sich auch nicht hinter der oft erwähnten Bundestreue versteckt. Außerdem sollte die Selbstbestimmung beim Bürger ankommen. In unseren Augen bedeuten dies, mehr

Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger und dafür weniger Bürokratie und weniger Vorschriften.

Es kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Wir dürfen nie vergessen, dass unsere kulturelle Autonomie existentiell auf die finanziellen Zuwendungen, die Dotationen aus Namur und aus Brüssel angewiesen ist. Deshalb beurteilen wir es als geradezu fahrlässig, wenn die Vertreter der aktuellen Mehrheit aus SP, PFF und ProDG die Notwendigkeit der geldpolitischen Veränderung hin zu einem positiven, öffentlich-rechtlichen Geldsystem so sträflich ignorieren wie sie es bisher tun.

4 Vivant-Ostbelgien zu Europa und der EU

Vivant-Ostbelgien ist ausdrücklich für einen europäischen Völkerbund in dem alle Staaten neben- und miteinander existieren. Alle Staaten sollen in den Bereichen zusammen arbeiten, in denen sie es wünschen. Der Wunsch muss jedoch von den Nationalstaaten ausgehen und darf nicht, so wie jetzt, von einem undemokratischen Gebilde von oben aufgezwungen werden.

Wir unterstützen und verteidigen die Grundidee des Zusammenlebens in Frieden und Freiheit der europäischen Völker.

Anders als von der klassischen Politik immer wieder behauptet, steht die EU heute aber nicht auf diesem Fundament gebaut. Der Grundstein der Europäischen Union wurde von Vertretern europäischer Konzerne gelegt. Ihr Ziel war und ist die Schaffung und Sicherung eines großen Binnenmarkts und die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen zu ihrem Profit. Die europäischen Verträge, wie beispielsweise der Lissabon Vertrag, tragen eindeutig die Handschrift dieser Konzernlobbyisten. Sie wurden tatsächlich zum größten Teil von den Konzernen selbst und nicht von der Politik verfasst. Die EU-Kommission ist lediglich der Handlanger dieser Interessen. Die meisten EU-Vorgaben dienen in erster Linie den Konzernen und nicht den Bürgern, das gilt insbesondere für die gemeinsame europäische Währung, den Euro. Dies kritisieren wir aufs Schärfste.

VIVANT-Ostbelgien tritt mit sechs Haupt-Zielsetzungen bei der Wahl des Abgeordneten der DG für das Europäische Parlament an:

- 1. Aufklärung der Bürger der DG über die Missstände der EU**
- 2. Die Einführung von bindenden Volksbefragungen zu allen bestehenden EU-Verträgen**
- 3. Stopp der Untergrabung der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten durch EU-Diktat von Gesetzen**
- 4. Rückführung der nationalen Geldhoheit an die Mitgliedstaaten der EU zwecks Benutzung einer zinsfreien Nationalwährung**
- 5. Stopp der EU-Steuergeverschwendung!**
- 6. Eine offene Diskussion über die Zukunft der EU**

Erläuterungen zu den einzelnen Punkten:

4.1 Aufklärung der Bürger der DG über die Missstände der EU

Die Bevölkerung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union muss dringend und intensiv über eine Fehlbeurteilung in Bezug auf die EU aufgeklärt werden.

Wenn immer in den Verträgen der EU von Demokratie, von sozialer Gerechtigkeit und von Menschenrechten gesprochen wird, dann mit dem Ziel, den Menschen in der EU, und leider offensichtlich auch noch sehr vielen wohlmeinenden, aber sehr naiven Freizeit-Politikern, eine demokratisch motivierte EU vorgaukeln zu können.

Mit Halbwahrheiten, juristisch verschlüsselten Bestimmungen und sogar glatten Lügen wird damit immer noch erreicht, dass die Menschen keine klare Trennung ziehen können zwischen zum einen dem demokratischen, solidarischen und friedfertigen Europa, welches wir alle uns wünschen und zum anderen der heutigen EU, einem Zusammenschluss von multinationalen Banken- Wirtschafts- und Rüstungskonzernen mitsamt den bekannten EU-Institutionen, mit denen dieser Konzernzusammenschluss sich seit seiner Gründung umgeben hat.

Dazu gehört die EU-Kommission, welche eindeutig ein Ausführungsorgan der Konzerne ist. Dazu gehören auch die Staats- und Regierungschefs in den EU-Mitgliedsländern: Sie wären nicht Regierungschefs geworden, wenn sie dieser Zielvorgabe der EU negativ gegenüber stehen würden. Auch das EU- Parlament, solange wie dieses Parlament nicht die vollständige legislative Gewalt in der EU besitzt, gehört leider zur reinen Image-Pflege und Maskerade der EU-Konzernlobby.

Zielsetzungen der EU sind heute also nicht das demokratische Mitspracherecht, die soziale Gerechtigkeit und die Menschenrechte, sondern es ist, verschlüsselt, die reine Profitmaximierung der Konzerne in Europa, den USA und weltweit, auf Kosten der Bevölkerung innerhalb und außerhalb der Mitgliedstaaten, sowie auf Kosten der kleinen und mittelständischen Unternehmen und der landwirtschaftlichen Familienbetriebe.

Die Bürger brauchen einen Vertreter, der sie informiert, was über ihren Köpfen und oft im Geheimen geplant wird. Sie müssen zum Beispiel erfahren, dass durch das Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP/TAFTA) genmanipulierte Nahrungsmittel ungekennzeichnet in ihren Supermarktregalen liegen würden, nur um

Monsanto und Co. im Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Denn im Kontext des Freihandels sind viele Regelungen des Verbraucherschutzes nur unliebsame Handelshemmnisse, die es abzuschaffen gilt! Das TTIP bringt freie Fahrt für Gentechnik und Chemie und dient nur den Interessen der Großindustrie zu Lasten der lokalen mittelständischen Unternehmen! Es ist Zeit aufzuwachen!

4.2 Die Einführung von bindenden Volksbefragungen zu allen bestehenden EU-Verträgen

VIVANT-Ostbelgien wird sich also auf dem Gebiet der Trennung der Gewalten intensiv einbringen. Deshalb ist auch, zur Stärkung der Demokratie, das Mitspracherecht der Bevölkerung durch den Volksentscheid auf Initiative der Bevölkerung das erklärte Ziel von VIVANT-Ostbelgien sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. In der EU gibt es heute ein Demokratie-Defizit, das es zu beseitigen gilt. Deshalb fordern wir die Einführung von bindenden Volksbefragungen, ähnlich der Handhabung in der Schweiz, zu allen bestehende EU-Verträgen.

4.3 Stopp der Untergrabung der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten durch EU-Diktat von Gesetzen

1950 kamen noch 100% der Nationalen Gesetze aus dem jeweiligen Land selbst. 1957 waren es $\pm 5\%$ die ihren Ursprung in der EU fanden. Dieser Prozentsatz steigerte sich immer weiter. 2013 kamen $\pm 75\%$ der nationalen Gesetze direkt aus der EU. Wenn dieser Entwicklung nicht schnellstens Einhalt geboten wird, dann wird die EU bald alle Gesetze in den Mitgliedstaaten diktieren.

4.4 Rückführung der nationalen Geldhoheit an die Mitgliedstaaten der EU zwecks Benutzung einer zinsfreien Nationalwährung

Ein ganz wesentlicher Punkt zum Erhalt der Demokratie ist die Rückführung der Geldhoheit an die Mitgliedstaaten der EU und also die Abänderung der Artikels 123 des Lissabonner Vertrages zu fordern, der den EU-Mitgliedstaaten verbietet, Geld selbst in Umlauf zu bringen und stattdessen die Staaten verpflichtet, bei privaten Kreditinstituten Geld zu leihen.

Der Fiskalpakt und der Rettungsschirm ESM werden in völkerrechtliche Verträge gegossen, welche nicht kündbar sind. Und beide Verträge verändern gravierend die

Haushaltsbefugnisse der nationalen Parlamente und sogar der einzelnen Gemeinden. Der Fiskalpakt stellt nicht in erster Linie eine Schuldenbremse dar, sondern eine Schuldenverlagerung mit dem Ziel der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Von EU Krisengipfel zu EU Krisengipfel wachsen zwei Bereiche zu immer neuen Höchstständen an, die Arbeitslosenzahlen und die Staatsschulden.

Dieser Pakt wurde, wie viele andere Abkommen, im stillen Kämmerlein verhandelt. Nicht die Parlamente oder die Volksvertreter konnten mitreden, sondern die Regierungen haben dieses Papier unter sich ausgehandelt. Der staatliche Finanzierungsbedarf wird in Zukunft von Beamten des Hohen Finanzrates festgelegt, und dieser untersteht keiner demokratischen Kontrolle durch die Parlamente.

Und wie sieht das Resultat dieser EU Politik aus? Nie gab es mehr Arbeitslose in Europa und nie mehr Schuldenberge. Man hat Banken mit Milliarden gerettet, obwohl überall das Geld fehlt. In Brüssel regieren Lobbyisten der großen Konzerne und diktieren die politische Richtung. Der Einfluss der EU ist enorm, die Nationalstaaten verlieren mehr und mehr an Souveränität. Die Bürger werden überwacht und kontrolliert. Wer Europa und seine Vielzahl an Kulturen liebt, der versteht, dass alles was wir an Europa lieben, von dieser EU zerstört wird.

4.5 Stopp der EU-Steuergeldverschwendung!

Die allgemeine Verschwendung durch die EU-Institutionen hat inzwischen unerträgliche Ausmaße erreicht.

Dazu gehören auch die als unverschämt zu bezeichnenden Gehälter und Pensionen, welche sich die EU- Funktionäre und EU- Mandatäre genehmigen. Außerdem genießen sie eine äußerst günstige Besteuerung. Hinzu kommt eine Flut von Mitarbeitern deren Notwendigkeit zu hinterfragen ist.

Vivant-Ostbelgien fordert daher:

1. Die Offenlegung aller Gehälter, insbesondere des Gehaltes der EU-Kommissare, der Aufwandsentschädigungen, Pauschalen, Steuerfreibeträge, überzogener Rentenansprüche, usw., sowie gegebenenfalls ihre Korrektur nach unten.

2. Die Offenlegung aller finanziellen Zuwendungen und Honorarzahlungen von Wirtschafts- und Bankenkonzernen an EU-Mandatäre, EU-Kommissare und EU-Mitarbeiter.
3. Die Durchforstung aller EU-Subventionen und Streichung aller unsinnigen Subventionen.
4. Die Beendigung des unsinnigen Umzugskarussells des EU-Parlamentes zwischen Brüssel und Straßburg.

4.6 Eine offene Diskussion über die Zukunft der EU

Heute wird jede Kritik am bestehenden Kurs der EU sofort als Populismus diskreditiert.

Der eingeschlagene Weg der EU hin zu den Vereinigten Staaten von Europa wird als unumkehrbar dargestellt. Wie eine Doktrin von oben wird dies auch durch die Medien den Bürgern so vermittelt. Aber ist dies der Weg den die Bürger und Völker Europas wollen? Und hat es jemals eine sachliche fundierte Diskussion hierzu gegeben?

Wir denken der Bürger sollte hier mitreden und befürworten eine offene unvoreingenommene Diskussion.

Die europäische Union stellen wir uns als einen wahren Völkerbund vor, dem jedes Land beitreten kann. Grundbedingung ist das Einhalten der Menschenrechte, die Achtung der Würde, Freiheit und Eigenständigkeit aller anderen Staaten und Bürger.

Jeder Nationalstaat entscheidet frei, welche Befugnisse er an die EU abgibt. Er kann diese jedoch jederzeit wieder selbst übernehmen. Die bestehende Macht der EU, welche durch den Fiskalpakt und durch den ESM zementiert wurde, sehen wir als große Gefahr an.

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Balter Vivant-Fraktion im PDG - Platz des Parlaments 1
4700 Eupen - Tel: 087-318473 - info@vivant.pdg.be - www.vivant-ostbelgien.org